

# Die Schweiz in Europa: Sonderfall oder Modell?

Von Urs Altermatt

»Bekannt man sich als Freund der Schweizer oder ihres Landes, ist das ungefähr so, als erinnere man sich nostalgisch an das Rauchen [...]. Man gibt sich als jemanden zu erkennen, der die Entwicklung der letzten dreißig Jahre verschlafen hat und unverbesserlich altmodisch ist. [...] Mir ist das egal. Ich liebe die Schweiz.« Diese Sätze schrieb der amerikanisch-englische Historiker Tony Judt in seinen 2012 erschienenen Erinnerungen.<sup>1</sup>

Die Ambivalenz in Tony Judts Kapitel ist für das Schweiz-Bild kennzeichnend, das viele Europäer seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und dem Aufstieg der Europäischen Union besitzen. Während die einen die moderne Schweizer Geschichte als paradigmatischen Fall erfolgreicher Integration einer multikulturellen Gesellschaft darstellen, sind andere über den solipsistischen Alleingang der Schweizer außerhalb der Europäischen Union enttäuscht. Politiker und Intellektuelle bezeichnen die wohlhabende Schweiz zuweilen als parasitäre Steueroase, als Land, dessen Egozentrik wenig Solidarität mit den Nöten des übrigen Europa zeige.

Ist die Schweiz modellhafter Sonderfall oder autistischer Sonderling in Europa? Diese Fragestellung ist nicht neu und hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Schweizer Autoren beschäftigt. Um nur einige Namen zu nennen: Alois Riklin, Adolf Muschg, Jean-François Bergier, Dieter Freiburghaus, Georg Kreis, Roger de Weck, Wolf Linder, Andreas Gross, Daniel Thürer, Hugo Bütler, Thomas Cottier, Thomas Maissen und viele andere.<sup>2</sup>

Während sich Europa nach 1989 in einem atemberaubenden Tempo veränderte, hielt die Schweiz im wesentlichen an ihren alten europapolitischen Positionen fest.<sup>3</sup> Nationale Mythen verändern sich nur zähflüssig, so auch der Topos vom »Sonderfall« Schweiz. In der Europafrage ist das Land tief gespalten. Während mir die proeuropäische NEBS (Neue Europäische Bewegung

Schweiz) für mein Buch *Die Schweiz in Europa* 2011 ihren Europapreis zusprach, beschimpften mich Europagegner als Landesverräter, als intellektuellen Phantasten und gaben mir den Rat, nach Brüssel auszuwandern.

Im Zeitalter der Globalisierung und Regionalisierung übernehmen multilaterale und internationale Organisationen wie die Europäische Union, die OECD, der IWF oder die G-20 Aufgaben, die bisher die Nationalstaaten allein regelten. Die Steuerkonflikte der Schweiz mit europäischen Staaten und den USA führen drastisch vor Augen, daß die Eidgenossenschaft keine anderen Möglichkeiten besitzt, als in vitalen Fragen der Außenwirtschafts- und der internationalen Finanzpolitik fremde Regeln auf Druck von außen sozusagen automatisch nachzuvollziehen. Diese Unabhängigkeits- und Souveränitätsverluste kann die Schweiz nur kompensieren, wenn sie in den internationalen Organisationen als gleichberechtigtes Mitglied mitarbeitet und dort ihre Vorstellungen im Dialog mit anderen Ländern aktiv einbringt. Obwohl mir bewußt ist, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Beitritt zur Europäischen Union an der Hürde der Volksabstimmung scheitern würde, plädiere ich für eine neue Europa-Debatte ohne Tabus, nicht zuletzt deshalb, weil das institutionelle Europa bei allen Mängeln viel schweizerischer geworden ist: pluralistischer und demokratischer, wohlhabender und friedlicher als noch vor einem Vierteljahrhundert.

## Verschweizerung Europas

Das Wort von der »Verschweizerung« Europas macht seit einiger Zeit hauptsächlich unter proeuropäisch orientierten Schweizer die Runde. Schon 1995 schrieb der St. Galler Politikwissenschaftler Alois Riklin: »Es ist paradox: Die »Verschweizerung« Europas geschieht

ohne die Schweiz.« Im Jahre 2000 gab Wolf Linder einem Vortrag den Titel: »Europäisierung der Schweiz – Verschweizerung der EU?«<sup>4</sup>

1919 nach dem Ersten Weltkrieg entstand ein neues europäisches Staatensystem, das im Namen des Selbstbestimmungsrechtes zahlreiche neue Nationalstaaten entstehen ließ. 1914 zählte Europa 24 Staaten, nach dem Ersten Weltkrieg 32.<sup>5</sup> 1945 schuf der Zweite Weltkrieg neue Grenzen. Im Osten entstand das sowjetrussische Imperium, in der Mitte wurde Deutschland geteilt und im östlichen Zentraleuropa Polen verkleinert und verschoben. Nur Westeuropa blieb von größeren Grenzveränderungen verschont.

Um einen weiteren Krieg zwischen den historischen Erbfeinden diesseits und jenseits des Rheins im Keime zu ersticken, gründeten Frankreich, Westdeutschland, Italien und die Benelux-Länder 1951 die Montan-Union, aus der sich 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG entwickelte. Aus diesen Anfängen wuchs innerhalb eines halben Jahrhunderts die Europäische Union heran.

Wie nie zuvor im 20. Jahrhundert erlangten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kleinere Staaten in (West-)Europa Bedeutung.<sup>6</sup> Den Benelux-Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg kam jahrzehntelang eine Scharnierstellung zwischen Frankreich und Deutschland zu. Die NATO als transatlantische Verteidigungsgemeinschaft errichtete ihr Hauptquartier im belgischen Brüssel, und die EWG beziehungsweise EU wählte die gleiche Stadt zum Verwaltungszentrum der europäischen Administration.

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 verwandelte sich Europa politisch-geographisch ein weiteres Mal. Die Sowjetunion verschwand als letztes europäisches Großreich. Bisher von den Sowjetrussen unterdrückte und kolonisierte Völker wie die Bal-



Die Eidgenossenschaft nach dem Westfälischen Frieden: Matthäus Merian der Ältere (1593–1650): Titelseite der *Topographia Helvetiae*. Um den Titel die Wappen der XIII Alten Orte. Bild: *Topographia Helvetiae ...*, Franckfurt am Mayn 1654.

Union die Mehrheit dar. Diese Verkleinstaatlichung bezeichne ich als Verschweizerung, obwohl die europäische Schuldenkrise das faktische Duopol von Deutschland und Frankreich nach außen deutlich werden ließ. Im Hintergrund wirkten jedoch Politiker aus kleineren Staaten wie der Luxemburger Jean-Claude Juncker und der Belgier Herman Van Rompuy.

Verschweizert hat sich die politische Landkarte Europas zweitens dadurch, daß sich die Länder in Zentral- und Mitteleuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus demokratisierten. Bildete die Schweiz im 19. Jahrhundert im Vergleich mit den Monarchien und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Gegenmodell zu den autoritären Diktaturen eine »Antithese« in der europäischen Politik, wurden die Demokratien in zwei großen Schüben – in Westeuropa nach 1945 und in Zentral- und Osteuropa nach 1989 – zum europäischen Normalfall. Damit verlor die Schweiz auf einem zentralen Gebiet ihren Status als europäischen Sonderfall.

Und schließlich ein dritter Punkt: Verschiedene Staaten föderalisieren sich und gestanden ihren Minderheiten mehr Autonomierechte zu. Ich erinnere hier an Südtirol in Italien, an die Föderalisierung Spaniens und Belgiens sowie an aktuelle Bewegungen in Zentraleuropa.

Das Fazit, das man mit anderen Indikatoren ergänzen kann, liegt für mich auf der Hand: Europa helvetisiert sich. Kehren wir zur schweizerischen Europapolitik zurück.

### Wirtschaftliche Partizipation und politische Abstinenz

Die Schweiz führt ihre völkerrechtlich anerkannte Existenz auf den Westfälischen Frieden von 1648 zurück, der die De-Facto-Session vom Reich – siehe Schwabenkrieg 1499 – vorausging.<sup>8</sup> Da die Eidgenossen-

ten, Georgier und andere bildeten Nationalstaaten; West- und Ostdeutschland vereinigten sich.

Die Implosion des sowjetrussischen Reiches brachte eine neue Karte Europas hervor, was sich in den Mitgliederzahlen des Europarates widerspiegelt. Im Mai 1989 zählte der Europarat nach dem Beitritt Finnlands als letztem westeuropäischem Staat 23, sieben Jahre später, im Februar 1996, nach dem Eintritt Rußlands, bereits 39 Staaten. 2012 sind es 47 Mitgliedstaaten.

Der Zusammenbruch des Kommunismus hatte zur Folge, daß aus Europa laut Romain Kirt ein »Kleinstaatkontinent par excellence« wurde.<sup>7</sup> Gemessen an der Bevölkerungszahl sind in der Europäischen Union 2012 ein Dutzend Staaten kleiner als die Schweiz. Von den älteren Mitgliedstaaten sind dies Luxemburg, Irland, Finnland und Dänemark, von den neuen Malta, Zypern, Estland, Slowenien, Lettland, Litauen, die Slowakei und Bulgarien. Staaten kleiner und mittlerer Größe stellen in der Europäischen



Links: Genf, Schlußsitzung des Völkerbundrates, März 1926. Die Schweiz war noch Ende 1920 dem Völkerbund beigetreten, dem Jahr seiner offiziellen Gründung, war aber kein Gründungsmitglied. Sitz des Völkerbunds war von Anfang an Genf. Bild: Deutsches Bundesarchiv – Rechts: Palais des Nations, Genf, errichtet 1929–1936 als Völkerbundpalast, heute Sitz der Vereinten Nationen. Die Schweiz ist seit 2002 Mitglied der UNO. Bild: commons.wikimedia.org

schaft ihre Selbständigkeit über Jahrhunderte innerhalb und gegen das Reich politisch und militärisch zu behaupten vermochte, erlangte sie in der öffentlichen Meinung Europas die internationale Legitimation. Im 17. und 18. Jahrhundert ordnete sie sich mit Sonderfunktionen ins europäische Gleichgewichtssystem ein. In der Mitte Westeuropas gelegen, besetzte sie die geopolitisch-strategisch wichtigen Alpenpässe und lieferte vom 16. bis zum 18. Jahrhundert den Großmächten begehrte Söldner für deren Armeen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte die 1848 gegründete moderne Schweiz in Europa eine ruhige Abseitsstellung als neutraler Kleinstaat erlangt und bildete keineswegs mehr jenen Unruheherd, für den die konservativ-reaktionären Großmächte das Land gehalten hatten. Die Großmächte gestanden der Schweiz in der Friedensordnung von 1815 ihre neutrale Sonderrolle zu, sofern sie sich in das europäische Staatensystem einordnete und nicht zu einem Zufluchtsort für Revolutionäre wurde. Wegen ihrer demokratisch-republikanischen Staatsform besaß die Schweiz im monarchisch geprägten Europa damals einen Außenseiter-Status.

Während der Zusammenbruch der Habsburger Monarchie eine europäische Frage ersten Ranges darstellte, gelang es der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Sonderstellung als neutraler Kleinstaat wie schon 1815 international anerkennen zu lassen. Der 1920 gegründete Völkerbund zog nach Genf und gewährte dem Kleinstaat in der Mitte Europas ein Sonderstatut.

Als die Epoche des Faschismus Europa in einen Krisenkontinent verwandelte, wur-

de die Schweiz wie schon im 19. Jahrhundert zum Refugium für Flüchtlinge. Nach 1933 strebte das nationalsozialistische Deutschland die Hegemonie auf dem Kontinent an. Hitler sah in den kleinen Staaten nur »Kleinstaatengerümpel«, das so schnell wie möglich liquidiert werden müsse.<sup>9</sup> Und wiederum vermochte sich die Schweiz durchzuschlängeln und in den europäischen Krisen der Zwischenkriegszeit ihre demokratische Staatsform zu bewahren, was nur wenigen anderen Staaten gelang. Die aufziehenden internationalen Konflikte und Kriege veranlaßten die Regierung zum Rückzug in die »integrale« Neutralität und ins ideologische »Réduit« der »geistigen Landesverteidigung«. Mit wirtschaftlicher Anpassung an das »Dritte Reich« und mit dissuasiven Verteidigungsmaßnahmen der Armee, mit einem gewissen diplomatischen Opportunismus und vor allem dank dem militärischen Vormarsch und Sieg der Alliierten überlebte die Schweiz die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges territorial unbeschadet. Allerdings trug ihr das neutrale Abseitsstehen das Image des Kriegsprofiteurs ein, was eine zeitweilige internationale Isolation nach sich zog.<sup>10</sup>

Trotzig und ängstlich zugleich zog sich der neutrale Kleinstaat nach dem Zweiten Weltkrieg in den Schmollwinkel der »splendid isolation« zurück und verpaßte damit die Chance, am Bau des neuen Europa aktiv mitzuarbeiten. Zwar gelang es der Regierung, während des Kalten Krieges als neutraler Kleinstaat dem Ost- und Westblock »Gute Dienste« anzubieten, doch für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in Westeuropa leistete die Schweiz keinen

namhaften Beitrag. Verspätet trat die Schweiz 1963 dem bereits 1949 gegründeten Europarat bei. Sie beschränkte sich auf die wirtschaftliche Partizipation und pflegte sonst die politische Abstinenz. Ihren Sonderweg beschritt sie nach dem Übertritt Großbritanniens von der EFTA zur EWG im Jahre 1973 weiter. Nach dem Beitritt der neutralen Partnerstaaten Österreich<sup>11</sup> und Schweden zur Europäischen Union 1995 führte diese Politik in den Worten von Dieter Freiburghaus – je nach Perspektive – auf den »Königsweg« oder in die »Sackgasse« des Bilateralismus, der den Schweizern zwar wirtschaftliche Vorteile brachte, dem Land aber politisch bloß den »autonomen Nachvollzug« ohne Mitsprache bot. Der historische Anti-Reich-Affekt der Schweizer siegte am 6. Dezember 1992 selbst über den harmlosen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Seither beschreitet die Schweiz mit zunehmenden Schwierigkeiten den sogenannten bilateralen Weg.

### Der helvetische Europa-Diskurs: Angst im Réduit

Jedes Land ist ein Sonderfall, was nationalen Mythen Vorschub leistet. Bis 1989 verstand die Mehrzahl der Schweizer ihr Land als »Antithese« (Herbert Lüthy) und »Sonderfall«, ja als »Musterstaat« in Europa.<sup>12</sup>

In der Epoche der beiden Weltkriege von 1914 bis 1945 verteidigten die Schweizer mehr oder weniger erfolgreich ihre staatliche Unabhängigkeit und ihre Demokratie inmitten eines Europa von Diktaturen und autoritären Staaten, die wie das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien hegemoniale Machtansprüche stellten und die Schweiz ganz oder teilweise einverleiben oder aufteilen wollten. Von dieser historischen Erfahrung waren die Schweizer in der Periode des Kalten Krieges von 1945 bis 1989 tief geprägt und konstruierten mit Hilfe dieser Erinnerung ihr Selbstbild. Die



Kriegsgeneration war durch die Schrecken des Weltkrieges traumatisiert, erst nach 1968 befreiten sich die Babyboomer der Nachkriegszeit von den Geschichtsbildern ihrer Väter. Für die Schweiz waren die Kriegszeit von 1914 bis 1945 und dann der Kalte Krieg von 1949 bis 1989 Anlaß, sich ins Réduit der »integralen Neutralität« zurückzuziehen. Dadurch verpaßte sie – wie bereits erwähnt – in den 1950er Jahren den Anschluß an die in Entstehung begriffene Europäische Union. Durch ihre passive, ja defensive Europapolitik verbaute sie sich auch später, das heißt in den sechziger und erneut in den neunziger Jahren die Möglichkeit, konstruktiv und innovativ am Bau des neuen Europa mitzuwirken.<sup>13</sup>

Seit den sechziger Jahren führen Intellektuelle und Politiker einen hitzigen Diskurs für oder gegen den helvetischen »Sonderfall«, wobei beide Lager die Schweiz vielfach als Modell Europas betrachten und für das institutionelle Europa mit unterschiedlichen Argumenten eine Art Verschweizerung propagieren. Da die Schweiz mit ihrer inneren sozio-kulturellen Pluralität äußerst fragil ist,

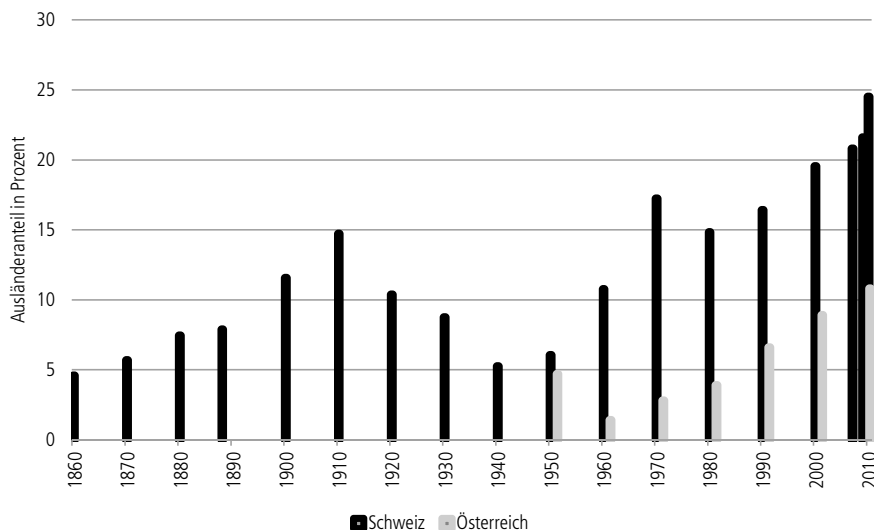
manifestierten sich die Ängste vor der Globalisierung und die Abwehr vor dem Fremden besonders intensiv. Wie die Europäer ihren Kontinent verteidigten die Schweizer ihr Land als Festung und verbanden in der Epoche des Kalten Krieges ihre staatspolitische Neutralität mit einem aggressiven ideologischen Antikommunismus. Mit dem Aufstieg der Europäischen Union nach 1989 nahmen die Ängste vieler Schweizer die Form eines Affekts gegen das institutionelle Brüsseler Europa als neuem Groß-Reich an. Dabei drehten sich die Vorurteile weniger um die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Beitritts zur EU denn um die politische und kulturelle Identität der Schweiz.<sup>14</sup>

#### **Die Schweiz von außen gesehen: Abschied vom Musterstaat**

Kein anderes europäisches Land besaß in den Visionen über Europa jahrzehntelang eine derart prominente Vorbildfunktion in intellektuellen Diskursen wie die Schweiz. In seinen Erinnerungen an sein USA-Exil während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland meinte der deutsche

Schriftsteller Thomas Mann: »Wenn ich ›Europa‹ dachte, so war es eigentlich immer die Schweiz, die ich im Sinne hatte: dies freie, kleine, aber nicht enge, sondern vielgestaltige und mehrsprachige, von europäischer Luft durchwehte und nach seiner Natur so großartige Land [...]«. <sup>15</sup>

Wenn man mit Michael Böhler die zahlreiche Literatur überblickt, die seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert zur Thematik »Schweiz und Europa« verfaßt worden ist, fallen Stereotypen auf, die sich fast wörtlich wiederholen.<sup>16</sup> In den letzten zweihundert Jahren finden wir bei Schriftstellern und politischen Denkern eine Vielzahl von Zeugnissen, welche die Schweiz als »paradigmatischen Fall politischer Integration« bezeichnet haben.<sup>17</sup> Je nach Zeit und Interessenlage drehte sich der Diskurs um Demokratie und Republik, Föderalismus und Bundesstaat, Multikulturalität und friedliches Zusammenleben. Gegenüber den autoritären Monarchien stand im 19. Jahrhundert das Modell des republikanisch-demokratischen Staates im Vordergrund, während des 20. Jahrhunderts rückte anbetrachts der mörderischen Kriege und Völkermorde das Motiv der



Links: Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung in der Schweiz und Österreich, 1860–1910. Daten: Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik, NZZ, Bundesamt für Migration, Statistik Austria. Graphik: HISTORICUM – Rechts: Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung der Schweiz 2010, nach Kantonen. Daten: Bundesamt für Migration. Karte: HISTORICUM

friedlichen Koexistenz verschiedener Ethnien und Völker ins Zentrum.

In der langen Epoche von 1815 bis 1889, die in Europa durch den Zerfall von Imperien und durch die Gründung immer neuer Nationalstaaten geprägt war, bildete die Schweiz, deren Grenzen seit 1815 unverändert blieben, für viele Europäer einen Ort der Stabilität, ein geographisch und räumlich identifizierbares Gegenstück zum jeweils real existierenden Europa.<sup>18</sup> Inmitten eines von Konflikten und Kriegen erschütterten Kontinents konnte der Kleinstaat mehr oder weniger erfolgreich »stillesitzen«, das heißt neutral bleiben, und praktizierte trotz seines republikanisch-demokratischen Messianismus außenpolitische Passivität und Pazifität.

Unter dem Applaus der Liberalen Europas gelangte in der Schweiz nach dem Sonderbundskrieg die Partei der liberal-demokratischen 1848er Revolution zum Erfolg. Umgekehrt fürchteten die konservativ-reaktionären Kräfte in Europa die »vulkanisch bewegte zu sogleichem Ausspähen revolutionärer Lava bereite Schweiz«.<sup>19</sup> Die föderalistische Struktur der multikulturellen Eidgenossenschaft war hauptsächlich mit Bezug auf das multikulturelle Habsburger Reich Anlaß zur Reflexion. Der deutsche Historiker und Politiker Carl von Rotteck befürwortete 1848 in seinem *Staatslexikon* die Föderalisierung der Habsburger Monarchie.<sup>20</sup> Im selben Jahr bezeichnete der deutsche Publizist Julius Fröbel das Habsburger Reich als »große monarchische Schweiz«.<sup>21</sup> Um die Jahrhundertwende von 1900 wies der sozialdemokratische Politiker und spätere österreichische Bundespräsident Karl Renner nüchtern darauf hin, daß die Schweiz mit ihren weitgehend geschlossenen Sprachgebieten kein geeignetes Vor-

bild für die zusammengewürfelte Gemengelage der Völker Ostmitteleuropas abgebe.<sup>22</sup> Als sich die Donaumonarchie im Niedergang befand, schrieb der Wiener Staatsrechtler Friedrich Tezner, daß sich das Habsburger Reich bescheiden müsse, »eine Groß-Schweiz zu sein«.<sup>23</sup>

Damit brachte er einen Topos zur Sprache, der bis ins 21. Jahrhundert auftaucht: die Schweiz als Paradebeispiel für ein Land, das sich aus der Weltpolitik zurückgezogen hat und am Rande der Staatengemeinschaft in selbstgenügsamer Isolation friedlich vor sich hin dämmert. In Deutschland und im amputierten Österreich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besaß das Wort Verschweizerung in der Regel eine negative Konnotation, indem es auf die verpönte »Kleinstaaterei« des früheren Deutschen Bundes und auf den als anachronistisch empfundenen schweizerischen »Kantönigeist« verwies. So warnte der alldeutsch-völkische Chemieprofessor Hans Freiherr von Liebig in einem 1928 erschienenen Buch vor der »Verschweizerung des deutschen Volkes«.<sup>24</sup>

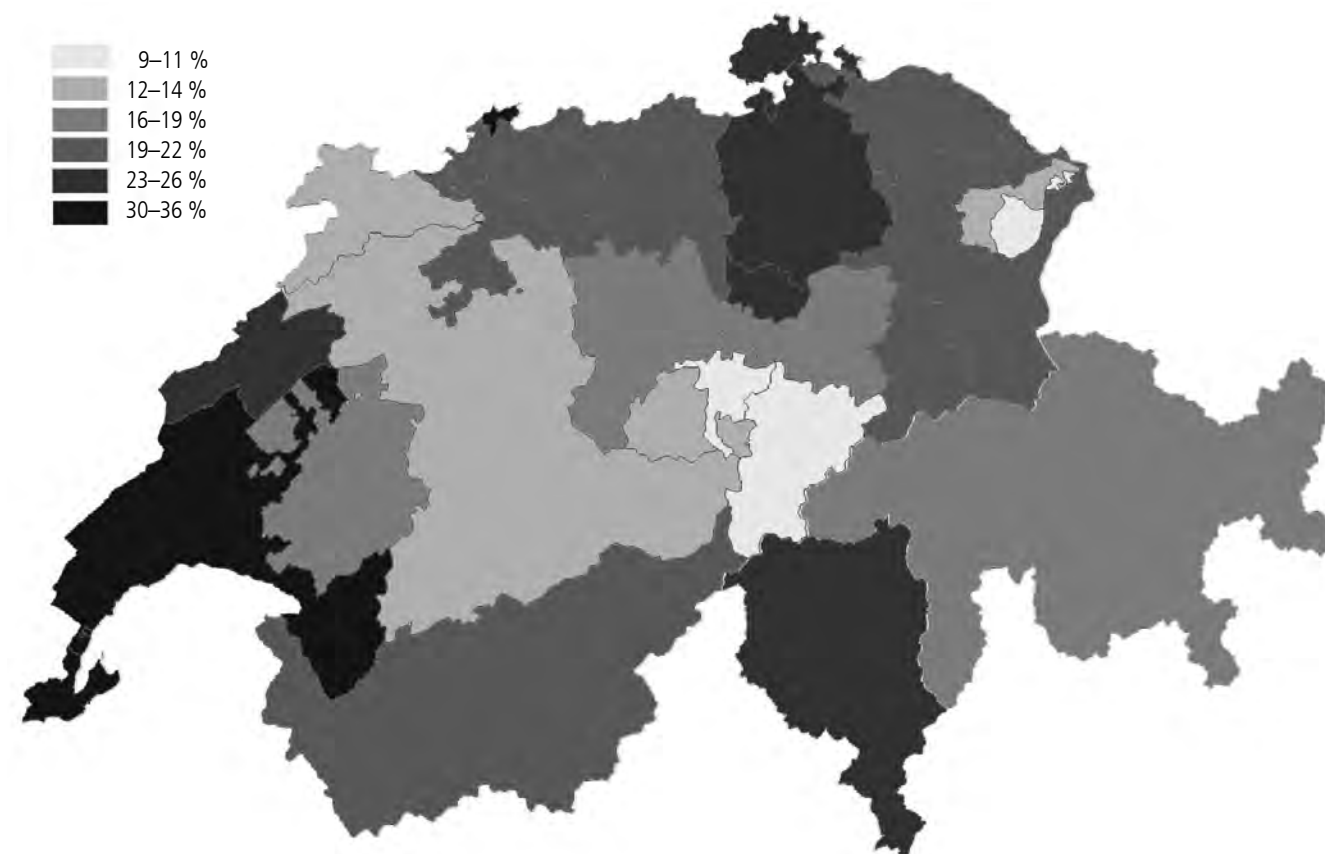
Am Ende des Ersten Weltkrieges 1918/19 brach das Habsburger Reich auseinander, und wie stets in Krisen- und Umbruchszeiten erlebte das Modell Schweiz im östlichen Zentraleuropa eine Renaissance. Führende Politiker der neu gegründeten Tschechoslowakei beriefen sich auf das helvetische Muster, ohne es in der praktischen Politik zu befolgen. Für Siebenbürgen (früher Ungarn, heute Rumänien) wurde das Projekt einer »östlichen Schweiz« entworfen, das auf ein Kantonalssystem entlang ethnisch geschlossener Siedlungsgebiete hinausgelaufen wäre.<sup>25</sup> Tomáš Masaryk und später Eduard Beneš wollten am Modell des zentralisierten Nationalstaates festhalten und legten damit

– so paradox dies klingen mag – die Grundlage für die 1993 erfolgte Spaltung des tschechoslowakischen Staatswesens.<sup>26</sup>

Auch die Endphase des morbiden Sowjet-Imperiums 1989/90 verlieh dem Schweizer Modell im multikulturellen Mitteleuropa für kurze Zeit Attraktivität. Der ungarische Schriftsteller György Konrád kam 1985 in seinem »Traum von Europa« kurz auf die Schweiz zu sprechen. Für ihn war Mitteleuropa eine »kulturlitische Antihypothese«, die durch »die blühende Vielfalt der Bestandteile« und das »Selbstbewußtsein der Diversität« gekennzeichnet sei. Und er fügte bei: »In unseren politischen Gesprächen erwähnten wir oft die Schweiz als Paradigma für ein würdiges Zusammenleben der Völker.«<sup>27</sup> In den Diskussionen um die neue Staatenordnung im ehemaligen Jugoslawien tauchte in den neunziger Jahren der Schweiz-Topos ebenfalls auf. In Bosnien-Herzegowina wurden sogar »Kantone« eingeführt, die in der realen Wirklichkeit mit den schweizerischen wenig zu tun haben.<sup>28</sup>

Parallel zu diesen auf einzelne Staatswesen bezogenen Diskursen besaß die Schweiz auch Vorbildcharakter für die Vorstellungen von einem vereinigten Europa. Ein bekanntes Beispiel stammt von Richard Coudenhove-Kalergi, der unter dem Eindruck des Weltkrieges 1958 pathetisch schrieb: »Im nationalistischen Europa ist die Schweiz eine Wundervelt. Existierte sie nicht, so würde sie niemand für möglich halten. [...] In Wahrheit ist die Schweiz das Gegenbild des nationalistischen Europa. Sie zeigt den andern Völkern, was Europa sein könnte, wenn es wollte.«<sup>29</sup>

Nach 1950 verlor der Schweiz-Diskurs wegen der friedlichen und demokratischen Entwicklung Westeuropas an Bedeutung, und nach dem Ende des Kalten Krieges



1989 büßte er fast jede realpolitische Relevanz ein, denn mit der Ost-Erweiterung und dem Wachstum der Europäischen Union verlor das Modell Schweiz jede praktische Bedeutung.

Hinzu kam, daß schweizerische Volksabstimmungen zu Ausländer-, Migrations- und Europafragen und die Wahlerfolge rechtspopulistischer und nationalkonservativer Parteien die europäische Öffentlichkeit irritierten und am Image der Schweiz schwere Kratzer hinterließen. Da die globale Migration in der Schweiz wie anderswo schwere Integrationsprobleme schuf, geriet das Bild vom toleranten und multikulturellen Land ins Wanken. Grimmig titelte der britische *Independent* im September 2007: »*Schweizland: Europe's heart of darkness*«.<sup>30</sup>

### Vorreiterin in Europa

In der Retrospektive des Zeithistorikers war die Schweiz im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Vorreiterin von gesamteuropäischen Bewegungen und Erscheinungen, die viele zeitgenössische Kommentatoren zunächst wenig beachteten und nach 1968 in ideologischer Verblendung als »postfaschistische« Phänomene interpretierten. Was sich schon vor 1970 in der hochindustrialisierten und mobilen Schweizer Gesellschaft ankündigte, geisterte einige Jahre später wie

ein Gespenst durch ganz Europa: Xenophobie, Neorassismus und Nationalpopulismus.

Seit den achtziger Jahren erleben die Ethnonationalisten in ganz Westeuropa eine Renaissance. Sie stilisierten sich als Superpatrioten und instrumentalisierten die Angst der Menschen vor dem Fremden. Mit nationalistischen und xenophoben Parolen verteidigten sie Volk und Heimat und erzielten in den ebenfalls hochmodernen skandinavischen Ländern und in Österreich schon vor der Wende von 1989/90 bedeutende Wahlerfolge. Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedererstehung der mittel- und osteuropäischen Nationalstaaten schwappte die nationalpopulistische Welle in den Osten Europas über.<sup>31</sup>

Es macht den Anschein, daß sich in der Schweiz politische Phänomene oft früher als im übrigen Europa manifestieren. Dieses bisher wenig beachtete Phänomen hat verschiedene Gründe. Zum ersten gehört die Schweiz zu den fortschrittlichsten und am stärksten globalisierten Gesellschaften des Westens. Der im internationalen Vergleich sehr hohe Ausländeranteil von über 20 Prozent verdeutlicht dies.

Zum zweiten: Seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts machen die liberale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft in Westeuropa Krisen durch. In dem Maße, in

dem die klassischen Ideologien des Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus an Bedeutung verloren, bildete sich ein Vakuum, das der Nationalpopulismus ausfüllen konnte. Die alten politischen Sozialmilieus lösten sich auf und verloren ihre Bindungskraft. Je mehr der nationale Konsens auseinanderbrach, der in Westeuropa die Wohlstandsgesellschaft in den »langen sechziger Jahren« getragen hatte, desto größer wurde das Potential für den Populismus, der die Angst der Menschen vor dem Neuen und Fremden für seine Zwecke mißbrauchte. Nach der Wende von 1989 verlor der Westen mit dem Ende des Kommunismus den traditionellen Gegner und fand im islamistischen Terror einen neuen Feind, der die bereits bestehende latente Islamophobie verstärkte. Und schließlich weise ich als dritten Punkt auf die »direkte Demokratie« als eine spezielle Form der politischen Demoskopie hin. Die direktdemokratischen Mechanismen ermöglichen es Schweizerinnen und Schweizern, sich zu Themen zu äußern, die in anderen europäischen Ländern tabuisiert und von den politischen Eliten aus »Angst vor dem Volk« dem Souverän vorenthalten werden. In der Schweiz bieten Referendum und Initiative institutionelle Kanäle, um Stimmungen in der Bevölkerung unmittelbar in die politische Arena hineinzutragen, dort öffent-

lich zu debattieren und zur Abstimmung zu bringen. Dadurch können in der Schweiz Veränderungen in der Seelenlage der Nation früher und direkter wahrgenommen werden als in anderen Ländern. Volksabstimmungen nehmen den Charakter von Frühwarnsystemen an. Die Abstimmung über die xenophobe Schwarzenbach-Initiative im Jahre 1970 machte auf die Probleme der Migration aufmerksam, als man dieser Thematik in Westeuropa kaum größere Beachtung schenkte. Das Minarett-Verbot von 2009 demonstrierte die Islamophobie an einem konkreten Beispiel. So gesehen ist die Schweiz auch ein Experimentierfeld und Labor der europäischen Politik.

### Multiple Identitäten und Staatsbürgerschaft

Die Schweiz stellt in vielfacher Hinsicht ein »Europa im Kleinen« dar. Allerdings läßt sich das helvetische Paradigma keineswegs schematisch auf die Europäische Union übertragen. Es bietet jedoch interessante Denkanstöße für die politische Integration unterschiedlicher Religionen und Ethnien, Regionen und Kulturgemeinschaften.

Mit dem Thema »Vielfalt in der Einheit« haben sich schon viele Denker befaßt. In Anlehnung an Jürgen Habermas, Michael Walzer und Adolf Muschg und anderen halte ich fest: Die Europäische Union kann nur bestehen, wenn sie ähnlich wie die Schweiz die politische »Europa-Bürgerschaft« von der sprachlichen, religiösen und kulturellen Identität ihrer Bewohner abkoppelt und damit ihren Bürgern ermöglicht, die politische Bürgerschaft mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten zu verbinden und öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das noch zu entwickelnde europäische Gemeinschaftsbewußtsein erfordert Loyalität gegenüber dem politischen Rahmen der Union, setzt aber keine Einschmelzung der kulturellen Differenzen voraus. Die Identität des politischen Gemeinwesens Europas wird nicht durch die Religion oder die Ethnizität bestimmt. Nur wenn sich die Bürgerinnen und Bürger – ob nationalstaatlich oder europäisch – nicht gegen außen abschließen, bleiben sie offen für die Weltbürgerschaft.<sup>32</sup>

Diese normativen Bemerkungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Europa so wenig wie die Schweiz das Phänomen der transnationalen Migration geregelt, geschweige denn gelöst hat. In Europa wie in der Schweiz stellen die Migranten aus aller Welt mit ihren anderen Kulturen und Lebensweisen die traditionellen Integrationsmechanismen in Frage, die sich nach wie vor am Modell des europäischen Nationalstaa-

tes orientieren. Wie die Einheimischen besitzen auch die Zuwanderer ein Bedürfnis nach Gemeinschaft, das in der globalisierten Welt nur transnational verwirklicht werden kann. Mit einer gewissen Überstrapazierung des Vergleichs kann in Europa das helvetische Integrationsmodell der gemeinsamen politischen Staatsbürgerschaft in einem einzigen multikulturellen Nationalitäten-Staat weiter entwickelt werden. Was bedeutet das? Der Durchschnittseuropäer ist als Europa-Bürger mit den Werten der politischen Kultur seines europäischen Nationalstaates und der Europäischen Union verbunden, und gleichzeitig gehört er verschiedenen Ethnien, Religionen und Sprachgemeinschaften mit ihren unterschiedlichen Kulturen an. Daß die Religionszugehörigkeit – ob Christ, Muslim, Jude oder Buddhist – die Zugehörigkeit zum Staatswesen nicht berührt, ist seit der Aufklärung ein europäischer Grundwert, der durch die Menschenrechte und Religionsfreiheit im Rahmen des Rechtsstaates abgesichert ist. Seither ist es möglich, auch keiner Religionsgemeinschaft anzugehören.

Ein politisches Gemeinwesen kann – so nochmals Michael Walzer, Jürgen Habermas und andere – von seinen Mitbürgern zwar politische Loyalität, keinesfalls aber kulturelle Assimilation verlangen. Der Staat stellt bloß den politischen Rahmen zur Verfügung, in dem die Zivilgesellschaft ihre eigenen Regeln entwickelt. Auf dem Boden der kulturellen Neutralität des Staates kann sich die Zivilgesellschaft formen, in der die Toleranz als politische Tugend herrscht.

Die Bürger besitzen doppelte, ja multiple Loyalitäten: politische, kulturelle, religiöse und so fort. Die Staats- und Europa-Bürger bleiben – um eine bildhafte Formulierung von Horace M. Kallen aufzunehmen – Bindestrich-Bürger: Deutsch-Schweizer, Ungarisch-Rumänen und Französisch-Belgier oder: Ungarn-, Austro- und Helveto-Europäer. Daß multiple Identitäten Spannungen erzeugen, liegt auf der Hand, denn man wird stets darüber streiten, welche Seite des Bindestriches wichtiger ist.<sup>33</sup> Für den Aufbau der europäischen Zivilgesellschaft braucht es transnationale Konzepte, um die essentialistisch aufgeladenen Identitäten territorialstaatlicher Räume und ihrer Bewohner aufzuweichen. Vielleicht kann auch hier ein Blick in die Geschichte der Eidgenossenschaft Ideen vermitteln, denn diese benötigte viel Zeit, bis sich die katholischen und evangelisch-reformierten Eidgenossen, die Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sprechenden Schweizer aufgrund einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und politischen Kultur helvetisiert hatten.

### Anmerkungen

1. Dieser Artikel faßt Gedankengänge, Thesen und Zitate zusammen, die ich 2011 in einem Buch dargestellt habe. Siehe Urs Altermatt, *Die Schweiz in Europa: Antithese, Modell oder Biotop*, Frauenfeld/Stuttgart 2011. Wer sich für weitere Informationen wie Literatur, Belegstellen etc. interessiert, verweise ich auf dieses Buch. Zitat: Tony Judt, *Das Chalet der Erinnerungen*, München 2012, 217.
2. Siehe für Belege Altermatt, *Die Schweiz in Europa* (Anm. 1).
3. Siehe zur Europapolitik: Dieter Freiburghaus, *Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik*, Zürich 2009 (mit vielen Literaturhinweisen).
4. Alois Riklin, Isolierte Schweiz. Eine europä- und innenpolitische Lagebeurteilung, *Swiss Political Science Review* 1 (1995), 1–26, hier 14; Wolf Linder, *Europäisierung der Schweiz – Verschwägerung der EU?*, Konstanz 2000. Gemäß Linder übernimmt die Schweiz in zunehmendem Maße europäische Standards und erduldet damit in einem gewissen Sinne passiv ihre eigene stille Europäisierung. – Aus der breiten Literatur siehe unter anderem: Georg Kreis, Nach der schweizerischen jetzt die europäische Integration: Zur Idee der schweizerischen Modellhaftigkeit, in: Thomas Cottier/Alwin R. Koppe (Hg.), *Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Brennpunkte und Auswirkungen*, Zürich 1998, 189–212; Jean-François Bergier, *Die Schweiz in Europa. Zeitgemäße Gedanken eines Historikers*, Zürich/München 1998; Andreas Gross, Verschweizert Europa?, *Weltwoche*, 1. Januar 1998; Daniel Thürer, *Perspektive Schweiz. Übergreifendes Verfassungsdenken als Herausforderung*, Zürich 1998; Adolf Muschg, *Die Schweiz am Ende. Am Ende die Schweiz. Erinnerungen an mein Land vor 1991*, Frankfurt a.M. 1990; Hugo Bütler, Die Schweiz als Bundesstaat in Europa, *Neue Zürcher Zeitung*, 31. Juli 1999; Roger de Weck, Bruch oder Aufbruch? Warum der bilaterale Weg nicht weiterführt und weshalb der EU-Beitritt für die Schweiz eine große Chance wäre, *Die Zeit*, 11. März 2010; Manfred Hettling u. a., *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*, Frankfurt a.M. 1998.
5. Ohne Osmanisches Reich/Türkei, inklusive Irischer Freistaat, Fürstentum Liechtenstein, Monaco, Andorra, San Marino.
6. Zu den Kleinstaaten besteht eine reiche Literatur. Siehe unter anderem: Hans Vogel, *Der Kleinstaat in der Weltpolitik. Aspekte der schweizerischen Aussenbeziehungen im internationalen Vergleich*, Frauenfeld 1979; Hans Geser, Kleinstaat im internationalen System, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44 (1992), 627–654; Alois Riklin/Luzius Wildhaber/Herbert Wille (Hg.), *Kleinstaat und Menschenrechte. Festgabe für Gerold Batliner zum 65. Geburtstag*, Basel/Frankfurt a.M. 1993; Arno Waschkuhn (Hg.), *Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme*, Vaduz 1993; Frank Emmert/Danielle Bossaert, Die Stellung der Kleinstaaten in der Europäischen Union, in: Thomas Cottier/Alwin R. Koppe (Hg.), *Der Beitritt der Schweiz zur Europä-*

- ischen Union. Brennpunkte und Auswirkungen, Zürich 1998, 113–137; Laurent Goetschel (Hg.), *Small States inside and outside the European Union. Interests and Policies*, Boston/Dortrecht/London 1998; Dieter Langewiesche (Hg.), *Kleinstaaten in Europa. Symposium am Liechtenstein-Institut zum Jubiläum 200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein 1806–2006*, Schaan 2007.
7. Romain Kirt, Zeitenwende am Ende des Jahrhunderts. Kleinstaaten im Zeitalter der Globalisierung, *Internationale Politik*, Mai 1998, 25–30, hier 27.
  8. Zur Geschichte der Außenpolitik der Schweiz unter anderem: Alois Riklin/Hans Haug/Raymond Probst (Hg.), *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern 1992. Die Formel von der wirtschaftlichen Partizipation bei gleichzeitiger politischer Abstinenz wird von Historikern und Politologen seit langem verwendet. Alois Riklin wandte sie schon früh an. Siehe Alois Riklin, *Grundlegung der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern 1975. Ebenso: Urs Allematt, Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik 1848–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart (1945–1991), in: Riklin/Haug/Probst (Hg.), *Handbuch* (wie oben), 61–78; Jakob Tanner, Die Schweiz und Europa im 20. Jahrhundert. Wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation, in: Paul Bairoch/Martin Körner (Hg.), *Die Schweiz in der Weltwirtschaft (15.–20. Jh.)*, Zürich 1990, 409–428; Thomas Maissen, Die Schweiz und Europa in historischer Perspektive, in: Thomas Cottier/Rachel Liechti-McKee (Hg.), *Die Schweiz und Europa. Wirtschaftliche Integration und institutionelle Abstinenz*, Zürich 2010, 73–106; Freiburghaus, Königsweg oder Sackgasse? (Anm. 3).
  9. Hitlers Rede vor den Reichs- und Gauleitern vom 8. Mai 1943, zit. in: Dieter Langewiesche, Der europäische Kleinstaat im 19. Jahrhundert und die frühneuzeitliche Tradition des zusammengesetzten Staates, in: ders. (Hg.), *Kleinstaaten in Europa* (Anm. 6), 95–117, hier 97.
  10. Siehe Thomas Maissen, *Geschichte der Schweiz*, Baden 2010, sowie diverse Teilberichte der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Zusammenfassung: Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.), *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht*, Zürich 2002. Von militärgeschichtlicher Seite: Rudolf Jaun, Die militärische Landesverteidigung 1939–1945, in: Georg Kreis/Bertrand Müller, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg*, Basel 1997, 644–661; Markus Somm, *General Guisan. Widerstand nach Schweizer Art*, Bern 2010; Daniel Trachslar, *Bundesrat Max Petitpierre. Schweizerische Aussenpolitik im Kalten Krieg 1945–1961*, Zürich 2011.
  11. Siehe zum Verhältnis Schweiz–Österreich mit Literaturhinweisen: Urs Allematt, Österreich und die Schweiz: vom historischen Gegner zum heimlichen Doppelgänger, in: ders., *Die Schweiz in Europa* (Anm. 1), 171–183; ders./Emil Brix (Hg.), *Schweiz und Österreich. Eine Nachbarschaft in Mitteleuropa*, Wien/Köln/Weimar 1995.
  12. Siehe Herbert Lüthy, Die Schweiz als Antithese, in: ders., *Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays*, Köln/Berlin 1964, 422–451 (zuerst erschienen als: ders., *La Suisse à contre-courant*, *Revue économique franco-suisse* 41 (1961)); Paul Widmer, *Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen – Geschichte – Gestaltung*, Zürich 2007.
  13. Siehe Freiburghaus. Königsweg oder Sackgasse? (Anm. 3).
  14. 1996 habe ich mich in einem anderen Europa-buch ausführlich mit diesem Thema befaßt: Urs Allematt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*, Zürich/Paderborn/München/Wien 1996.
  15. Thomas Mann, Radio-Interview, in: *Reden und Aufsätze 3. Gesammelte Werke in dreizehn Bänden*, Bd. 11, Frankfurt a.M. 1974, 527.
  16. Siehe Michael Böhler, Topologische Spiele – Schweizer Wechselspiele im Imaginären Europas, in: Moritz Csáky/Johannes Feichtinger (Hg.), *Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte*, Bielefeld 2007, 103–132. Der Zürcher Literatur- und Kulturwissenschaftler schreibt in seinen Erkundungen des topologischen Raumes Schweiz von der Schweiz als »Gegen-Europas«, als »Modell und Muster Europas in nuce« und als »Herz Europas« und erwähnt außerdem den Topos der »Verschweigerung Europas«. Siehe auch: Urs Allematt, Ist die Schweiz ein Europa im Kleinen?, in: Moritz Csáky/Christoph Leitgeb (Hg.), *Kommunikation – Gedächtnis – Raum. Kulturwissenschaften nach dem »Spatial Turn«*, Bielefeld 2009, 149–168; Jürgen Barkhoff/Valerie Heffernan (Hg.), *Schweiz schreiben. Zu Konstruktion und Dekonstruktion des Mythos Schweiz in der Gegenwartsliteratur*, Berlin/New York 2010.
  17. So 1976 wörtlich der aus Prag stammende amerikanische Politologe Karl W. Deutsch: Karl W. Deutsch, *Die Schweiz als ein paradigmatischer Fall politischer Integration*, Bern 1976. Siehe auch: Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Schweiz – Vorbild für Europa?, *Neue Zürcher Zeitung*, 14./15. Dezember 1991.
  18. Siehe Lüthy, Die Schweiz als Antithese (Anm. 12); Widmer, Die Schweiz als Sonderfall (Anm. 12).
  19. Bayerisches Hauptstaatsarchiv M, MA 1634, Bericht des bayerischen Innenministeriums an das Außenministerium, 3.5.1833. Ich verdanke dieses Zitat Josef Inauen, der unter meiner Leitung an einer Dissertation über die Beziehungen der süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern mit der Schweiz von 1840–1871 arbeitet.
  20. Carl von Rotteck/Carl Welcker (Hg.), *Staats-Lexikon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften*, Bd. 10, Altona 1848, 331. Zum Thema informativ: Theodor Schieder, Die Schweiz als Modell der Nationalitätenpolitik, in: ders., *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, hg. von Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991, 303–328.
  21. So Julius Fröbel in seiner 1848 erschienenen Flugschrift *Wien, Deutschland und Europa*, zitiert nach Schieder, Die Schweiz als Modell der Nationalitätenpolitik (Anm. 20), 305–306.
  22. Karl Renner, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich. Erster Teil: Nation und Staat*, Leipzig/Wien 1918, 73. Es handelt sich hier um die zweite, vollständig überarbeitete Auflage von: ders., *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat*, Leipzig/Wien 1902.
  23. Friedrich Tezner, *Die Wandlungen der österreichisch-ungarischen Reichsidee. Ihr Inhalt und ihre politische Notwendigkeit*, Wien 1905, 126.
  24. Hans Freiherr von Liebig, *Die Verschweigerung des deutschen Volkes*, Leipzig 1928.
  25. Siehe Judith Garamvölgyi, Die Schweiz und Mitteleuropa. Vexierbilder und Verknüpfungen, in: Allematt/Brix (Hg.), *Schweiz und Österreich* (Anm. 11), 111–119, hier 114.
  26. Siehe dazu ausführlich: Schieder, Die Schweiz als Modell der Nationalitätenpolitik (Anm. 20), 313–324.
  27. György Konrád, Mein Traum von Europa, *Kursbuch* 81, Berlin 1985, 175–193, Zitate: 186 bzw. 188–189.
  28. 1997 hatte ich eine Gastprofessur an der Universität Sarajevo inne und erinnere mich gut an diese Debatten, die auf Mißverständnissen über die schweizerische Staatenordnung beruhten.
  29. Richard Coudenhove-Kalergi, *Eine Idee erobert Europa. Meine Lebenserinnerungen*, Wien/München/Basel 1958, 187.
  30. Paul Valéry, Switzerland: Europe's heart of darkness?, *The Independent*, 7. September 2007.
  31. Im Buch *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa* (Anm. 14) bin ich diesem Thema nachgegangen. Siehe aus der breiten und inzwischen unübersichtlichen Literatur: Gianni D'Amato/Damir Skenderovic, *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich 2008; Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007; Jens Rydgren (Hg.), *Movements of Exclusion. Radical Right-Wing Populism in the Western World*, New York 2004; Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004; Hans-Georg Betz/Stefan Immerfall (Hg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, London 1998.
  32. Ich folge in diesem Kapitel: Michael Walzer, *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992; Jürgen Habermas, Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft, in: Nicole Dewandre/Jacques Lenoble (Hg.), *Projekt Europa. Postnationale Identität. Grundlage für eine europäische Demokratie?*, Berlin 1994, 11–29. Ähnlich auch der Schweizer Adolf Muschg, Die Schweiz am Ende (Anm. 4).
  33. Siehe Horace M. Kallen, *Culture and Democracy in the United States*, New York 1924.

Prof. Dr. Urs Allematt, Obere Sternengasse 27, CH-4500 Solothurn, Schweiz, urs.allematt@unifr.ch